Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 5

Artikel: Diskussion des künftigen Militärbudgets
Autor: F.P.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336200

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

rund 300 000 Franken in jedem Jahre! Warum mag man wohl volle zehn Jahre zugewartet haben, die Betriebsrechnung nach korrekten Regeln der Buchhaltung darzustellen? Und warum haben darauf nicht schon früher, vor dem Monitum der Bundesbehörde, die Rechnungsrevisoren (sogar eine Treuhand-Vereinigung mit einem bedokterten Chef, die doch in Rechnungsabschlüssen auf der Höhe sein sollte) von sich aus gedrängt? Es scheint aus vielerlei Beobachtungen, daß sich jene Herren oft auf die formalistische Mechanik des Nachaddierens und Kollationierens von Zahlen und Belegen beschränken, statt die sachlich vernünftige Einordnung der Posten zu prüfen.

Die prominenten Herren Präsidenten, Ehrenpräsidenten, übrigen Vorstandsmitglieder und Verwaltungsräte können sich natürlich mit solchen Lappalien nicht abgeben, obwohl sie Jahresbericht und Rechnung verantwortungsvoll zu zeichnen haben. Es genügt ja für das brave Publikum, wenn klangvolle Namen eine bevorzugte Seite des gedruckten Berichtes zieren und ihm Ehrfurcht und Vertrauen einflößen. Und wenn dann recht viel Geld aus öffentlichen Sammlungen eingeht (und geäufnet werden kann!), dann mag bei den Organisatoren höchstens ein propagandistisches Interesse bestehen, den Spendern gewisse Einblicke in die allzu günstige Finanzlage vorzuenthalten.

Natürlich darf man längst nicht in allen Fällen unklarer Abrechnung von gewollter doloser Bilanzverschleierung reden. Mitunter gründen sie lediglich auf Ungeschick. Wer für die Schwierigkeiten, die der Einrichtung einer sachlich klar gegliederten Buchführung und Rechnungslegung gemeinnütziger Institutionen entgegenstehen, ein Exempel wünscht, weil er sich nie mit bilanzsicheren Buchhaltern (mit eidgenössischem Diplom usw.) herumzuschlagen hatte, der möge etwa in den Jahresberichten der Winterhilfe des Kantons Zürich verfolgen, auf welchen Umwegen erst die heutige Rechnungsablage zustande kam.

Bei den zahlreichen Begehren um finanzielle Förderung müssen die Vermögensverhältnisse der gemeinnützigen Institutionen heute ganz besonders übersichtlich, unverschleiert und wahrheitsgetreu dargestellt und bekanntgemacht werden, damit die Bewilligung von öffentlichen Sammlungen und staatlichen Subventionen in strenger Auswahl auf wirklich finanzschwache Organisationen beschränkt bleibt, ähnlich wie der einzelne Bürger Armenunterstützung nur erhält, wenn er zu seinem Lebensunterhalt nicht auf größeres Vermögen zurückgreifen kann. *(Korr.)*

Diskussion des künftigen Militärbudgets

Ein Wahlkampf sollte bekanntlich schon am Tage nach der vorhergehenden Wahl beginnen, und ebenso sollte die Debatte des kommenden bald nach Verabschiedung des geltenden Budgets vorbereitet werden.

Das Militärbudget der Eidgenossenschaft für 1949 ist mit einem Kredit von rund 400 Millionen Franken fast diskussionslos genehmigt worden. Das Jahr 1949 hat für den Dienstbetrieb in unserer Armee zum Teil noch Versuchscharakter. Auf Grund der Erfahrungen von 1948 und 1949 sollte dann das Budget für 1950 wieder ausführlicher diskutiert werden. Denn nach der für die Schweiz geltenden staatsrechtlichen Lehre ist das Budget nicht ein Ermächtigungsgesetz, sondern eine Verwaltungsanweisung. Auf dem Wege über das Budget – und auch anderswie – ist die Bundesversammlung nicht nur gesetzgebende Instanz, sondern auch oberste Verwaltungsbehörde. Zweck dieser Zeilen ist nun, schon jetzt dazu aufzurufen, daß auch in unseren Kreisen Erfahrungen im Militärwesen gesammelt und verarbeitet werden, damit wir für die Diskussion in Dreivierteljahren gerüstet sind.

Die Diskussion von Militärfragen ist sowohl bei uns Sozialdemokraten wie auch bei den Bürgerlichen mit Überresten von Gefühlen aus früheren Zeiten belastet, welche beseitigt werden müssen, bevor eine vernünftige Diskussion in Gang kommen kann.

Auf unserer Seite hangen diese Überreste mit unserer frühern Ablehnung der Landesverteidigung zusammen. Diese Überreste wirken sich gegensätzlich aus.

Bei den einen besteht wohl im Unterbewußtsein eine Art Bekehrte-Sünder-Komplex. Sie befürchten, man könnte ihnen jegliche Kritik an militärischen Dingen, jeden Kürzungsantrag gegenüber Militärkrediten als Antimilitarismus auslegen, und neigen deshalb diesbezüglich zu einer allzu großen Zurückhaltung. So liest man zurzeit mehr kritische, oft sogar scharf kritische Artikel zu Militärfragen in der bürgerlichen Presse als in der unsrigen.

Andere, welche früher die Militärkredite mit der herkömmlichen marxistischen Begründung (Die Armee ist ein Instrument der herrschenden Klasse.) ablehnten, machen nun eine Art Kompromiß, welcher lautet: Es ist immer noch sozialistischer, für niedrige als für hohe Militärkredite zu stimmen.

Auf bürgerlicher Seite bilden die gefühlsmäßigen Unklarheiten in Armeefragen das Gegenstück zu dem, was bei uns geschieht. Sie bewirken, daß man dort eine Kritik oft nicht sachlich prüft, sondern nur frägt, woher sie kommt.

Beschäftigen wir uns zunächst mit unserer Seite.

Beide Kategorien, sowohl die Kritikscheuen wie die grundsätzlichen Kreditkürzer, handeln unlogisch.

Die ersteren deshalb, weil – und das muß immer wieder gesagt werden – wir nicht den geringsten Grund zu einem schlechten Gewissen wegen unserer antimilitaristischen Vergangenheit haben. Im Gegenteil! Es liegt nicht der Fall eines korrigierten Fehlers vor, sondern der Fall eines geänderten Beschlusses infolge geänderter Verhältnisse. Im 19. Jahrhundert und dann besonders nach dem ersten Weltkrieg hat sich immer stärker der Ruf erhoben: *Nie wieder Krieg!* Die Arbeiterbewegung hat – im löblichen Gegensatz zu den Kirchen – als einzige politische Bewegung nicht nur gepredigt, sondern gehandelt. Sie hat versucht, unter Ausnützung der internationalen Organisationen der Arbeiterschaft, künftige Kriege im Keime zu ersticken. Die Arbeiterschaft hätte gleichzeitig in allen sich zum Kriege anschickenden Ländern der Kriegsmaschinerie in die Speichen fallen und damit Kriege gewaltsam verhindern sollen. Dieser Versuch setzte aber voraus, daß die Arbeiterbewegung in allen Ländern einigermaßen gleich schnell und gleichmäßig erstarke, sonst hätte ein Land mit schwacher oder geknebelter Arbeiterschaft über ein anderes herfallen können. Die Machtergreifung Hitlers hat dann die Ungleichmäßigkeit im Tempo des Fortschritts grell aufgezeigt, so daß es gegeben war, aus dieser Ungleichmäßigkeit die Konsequenzen zu ziehen.

Wir dürfen aber stolz darauf sein, den Versuch, der bei besseren Verhältnissen auch hätte gelingen können, gewagt zu haben, während alle andern Parteien nur über den Krieg jammerten – und uns hinderten. (Dazu wäre immerhin zu bemerken, daß die Schweiz nie ein «sich zum Kriege anschickendes Land» gewesen ist, wo die Arbeiterschaft einer «Kriegsmaschinerie in die Speichen» hätte fallen müssen, um gewaltsam einen Krieg zu *verhindern.* Red.)

Die andern Genossen aber, welche sich innerlich mit den Militärkrediten noch nicht ausgesöhnt haben, pflegen zuweilen wieder die Frage zu stellen: «Ja, besteht denn nicht immer noch das Bestreben der herrschenden Klasse, sich der Armee als eines Machtinstrumentes zu bedienen?»

Die Antwort darauf lautet wie in dem jüdischen Witz, ob man die Schwester seiner Witwe werde heiraten mögen: «Mögen werden sie schon mögen, aber können werden sie nicht können!»

Die Armee ist gewissermaßen ein Stecken, der früher von der Bourgeoisie auch auf den Buckel der Arbeiterschaft geschwungen wurde. Heute hat auch die Arbeiterschaft

einen Teil des Steckens in der Hand. Es liegt an ihr, diesen Teil zu vergrößern. Solange beide Klassen den Stecken festhalten, können sie ihn wohl gemeinsam gegen einen Dritten, einen Landesfeind, führen, nicht aber einer gegen den andern. Natürlich müßten wir allfälligen künftigen Versuchen, die Armee zum Ordnungsdienst bei Arbeitskonflikten einzusetzen, energisch widerstehen. Sollten wieder einmal Unruhen wegen Arbeitskonflikten so groß werden, daß die Ordnung ernstlich gestört wäre, dann wäre es höchste Zeit, sich ausschließlich mit den sozialen Ursachen des Konfliktes zu befassen.

Richtig ist, daß auch in der Bourgeoisie die Erinnerung an die gute alte (für uns die schlechte alte) Zeit nachwirkt. Die Schwierigkeiten zum Beispiel, auf welche die Uniformerneuerung stößt, wurzeln zum guten Teil in diesen bürgerlichen Gefühlsüberresten. Die Hauptcharakteristika der heutigen Uniform sind bekanntlich:

a) der krasse Unterschied zwischen Offizieren und Mannschaften;

b) ihre mangelnde Feldtauglichkeit.

Die Tatsache, daß der einfache Soldat im Verhältnis zum Offizier (und zu ausländischen Soldaten) in seiner Uniform plump und etwas komisch aussieht, die Tatsache, daß man kleinlich und mit gedruckten Befehlen der Generaladjutantur bis zu allen Einheiten und Stäben (Betr. Policemütze: unterer Mützenrand horizontal drei Finger breit über Augsbrauen, Knöpfe senkrecht über Nase, siehe Skizze) dreinfährt, wenn die Soldaten nur versuchen, durch gefälliges und individuelles Aufsetzen der Policemütze ihre Erscheinung etwas zu verbessern, – all dies, nebst vielem anderem, zeigt doch, daß unsere Armee ursprünglich durchaus als Klasseninstrument gedacht war und daß der Soldat auch äußerlich gegenüber dem Offizier in einem demütigen Abstande gehalten werden sollte. Ebenso zeigen der hohe Kragen und der Mangel eines Schutzes gegen Regen (in welchem unsere Uniform völlig versagt), daß man ursprünglich – mindestens im Unterbewußtsein – eher mit dem Einsatze der Armee im Ordnungsdienste als im Felde gerechnet hat. Ein weiterer verräterischer Umstand ist schließlich noch, daß es immer wieder vorkommt, daß zugunsten der Beibehaltung der Kavallerie die «Tradition» angeführt wird. «Tradition» ist aber ein penetrant innenpolitischer Begriff. Viele denken dabei an die Tätigkeit der Kavallerie beim Landesstreik 1918.

Einen Rückfall in diese Schatten der Vergangenheit können wir unter anderem dadurch verhindern, daß wir uns – weder von Scheu noch von Abneigung beeinträchtigt – rein sachlich und intensiv mit Armeefragen befassen und alles nur vom Zweckmäßigkeitsstandpunkte aus beurteilen. Dabei könnte sich sehr wohl gerade vom sozialistischen Gesichtspunkte aus die Notwendigkeit ergeben, bei einzelnen Budgetposten im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien für höhere Kredite zu votieren, so zum Beispiel, wenn es sich um die Anschaffung besserer Uniformen oder um eine Solderhöhung handeln sollte.

Wenn wir uns fragen, wie wir bei der Diskussion von militärischen Angelegenheiten im Einzelnen vorgehen wollen, so müssen wir uns noch von zwei weiteren Hemmungen freimachen. Das eine ist die Ängstlichkeit des Laien vor dem Fachmann. Sie ist aber gerade beim Militär weniger berechtigt als anderswo. Das berühmte Wort von Clémenceau ist nicht etwa ein Scherz, sondern bittere Wahrheit: «Der Krieg ist eine zu ernste Sache, als daß man ihn den Militärs überlassen könnte.» Aus den Memoiren von Lloyd George aus dem ersten Weltkrieg ergibt sich, daß zahlreiche Dinge, namentlich auf dem Gebiete der Verpflegung, des Nachschubes, des Transportwesens usw. erst klappten, als man die Militärs ab- und Zivilisten einsetzte. Oder denken wir daran, wie im Partisanenkrieg des zweiten Weltkrieges militärische Talente sozusagen ohne Vorbereitung aus dem Laienstande hervorgingen oder wie jetzt in Palästina sozialdemokratische polnische Juden sich als fähige Feldherren erwiesen. Der Umstand, daß man besonders in Armeefragen sich vor einem blinden Fachmännerglauben hüten muß, hängt eben auch mit der Vergangenheit der Armeen als bürgerlichen Klasseninstrumenten zusammen. Noch kommt Oberst Blimp in freilebenden Exemplaren vor.

Die andere Hemmung ist die pazifistische Hemmung, mit der sich jeder anständige

Mensch auseinandersetzen muß, auch wenn er verstandesmäßig den Pazifismus – Verzicht auf Gewalt in *allen* Fällen – ablehnt. Wir müssen uns entschließen. Wenn wir entschlossen sind, das Land mit Gewalt zu verteidigen, dann darf es uns vor nichts mehr grausen. Dann zählt nur noch die Zweckmäßigkeit. Dann müssen wir uns trostlos klar machen, daß eine Armee ein Unternehmen der chemisch-technischen Branche ist, gerichtet darauf, mit einem Minimum von eigenen Verlusten ein Maximum von gegnerischen Verlusten zu erzeugen. Geschmacklose Schönfärbereien wie Feldpredigten und Militärmusiken würde ich dabei nicht nur aus Sauberkeitsgründen, sondern auch aus Zweckmäßigkeitsgründen, ablehnen, denn sie scheinen mir nicht geeignet, den Soldaten innerlich gut auf die Kälte und Bosheit des modernen Krieges vorzubereiten. Sie erzeugen Illusionen. Wir müssen uns vielmehr interessieren für eine bessere Ausbildung unserer Soldaten im Minenlegen – man denke an das Unglück von Hemmishofen, das mit mangelhafter technischer Ausbildung zusammenhing –, wir müssen votieren für eine Ausrüstung der Wachtposten mit Maschinenpistolen statt mit dem Karabiner oder Langgewehr, denn gerade bei Bewachungsaufgaben in und vor Gebäuden und in Ortschaften ist die Maschinenpistole viel handlicher. Auch hier haben wir übrigens ein Beispiel für das Nachwirken historischer Gefühlsreste bei den Bürgerlichen: In der guten alten Zeit war der Hauptzweck der Torwache eben der Gewehrgriff, und der läßt sich leider mit der Maschinenpistole nicht ausführen. Dem Verfasser dieser Zeilen ist bekannt, wie ein Offizier sich während des Krieges in einer sogenannten Klausenburg – einem Städtchen, wo höhere Stäbe weilten – vergeblich dafür einsetzte, daß die Wachtposten mit ihren langen Gewehren und ihren genagelten Schuhen auf den Steinfliesen requirierter Hotels aus ihrer Unbehülflichkeit erlöst und besser ausgerüstet würden.

Dies nur einige Beispiele, wie wir nützliche und sachliche Beiträge zur militärischen Budgetdebatte leisten können. Es wird aber nötig sein, daß wir vorher unter uns diskutieren. Der Verfasser dieser Zeiten hätte zum Beispiel – als Sozialist – keine Bedenken, die schweizerische Waffenausfuhr unter gewissen Vorsichtsmaßnahmen freizugeben. Er weiß, daß er mit dieser Stellungnahme manchen Genossen empört, aber es sei ihm gestattet, in diesem Zusammenhange seine Ansicht kurz zu begründen. Für die Waffenausfuhr spricht, daß wir eine eigene Waffenindustrie bitter nötig haben. Diese Waffenindustrie arbeitet aber entweder zu teuer oder dann zu wenig initiativ, wenn sie nur den kleinen schweizerischen Markt beliefern darf.

Gegen die Waffenausfuhr sprechen vor allem gefühlsmäßige Gründe. Man will kein Blutgeld. Man sollte sich aber darüber klar sein, daß auch von unserem sonstigen Export fast alles – höchstens von St. Galler Stickereien abgesehen – für den Krieg verwendet werden kann. Es ist eine Art «Die-Tatsachen-verbergen-Wollen», wenn wir nur an Waffen im engern Sinne Anstoß nehmen. Nicht von ungefähr ist der Landesring der Unabhängigen ein heftiger Gegner der Waffenausfuhr, weil er von allen bürgerlichen Parteien am meisten dazu neigt, großes Gewicht auf äußerliche Verschönerungen unseres Wirtschaftssystems zu legen. Er will zwar ein kapitalistisches System, in welchem der Arbeiter ausgebeutet wird, aber der Kaffee soll wenigstens hundertprozentig sein. Er will zwar ein System, welches immer wieder Krisen bringt, aber die Zündhölzli sollen wenigstens billig sein. Er will zwar ein System, welches immer wieder Kriege bringt, aber unsere Industrie soll wenigstens nur an den Dieselmotoren im Innern der U-Boote, und nicht an den Kanonen auf ihrem Deck verdienen.

Als Sozialisten sollten wir uns aber sagen, daß wir zwar in einer scheußlichen Welt leben und alles tun, um sie zu ändern, daß wir aber kein Interesse daran haben, daß vor der einen oder andern Neben-Scheußlichkeit die Augen geschlossen werden. Alles kapitalistische Geld ist Blutgeld, und darum sehe ich nicht ein, warum wir gegenüber der Waffenausfuhr heikler sein sollen als gegenüber sonstiger Ausfuhr.

Was nun die sonstigen Gesichtspunkte bei Budgetdebatten betrifft, so dürfen und sollen wir natürlich auch vom sozialistischen Standpunkte aus den Spargedanken bei den

Militärausgaben nicht außer acht lassen. Doch müssen wir dies mit einer materialistisch-ökonomischen Begründung, nicht mit einer gefühlsmäßigen, tun. Gegen die Anschaffung von Panzern und Düsenjägern kann nicht viel eingewendet werden, wenn es uns mit der Landesverteidigung ernst ist. Dagegen sollte zum Beispiel meines Erachtens auf Wiederholungskurse für Territorialtruppen und für HD-Einheiten (auch von solchen wird gemunkelt) resolut verzichtet werden. Natürlich kann man einiges auch für die Wünschbarkeit solcher Kurse anführen, aber irgendwo muß eine finanzielle Grenze gezogen werden, und hier ist das mit weniger großen Nachteilen möglich. Denn erfahrungsgemäß schaut bei solchen Kursen für ältere Jahrgänge nicht mehr viel Neues heraus. Hier zeigt sich nämlich wieder die Gefahr, daß bürgerlicherseits traditionelle Gefühle in den Militärdienst hineingetragen werden, die sich schlecht mit der modernen Technik vereinbaren lassen. Allzu groß ist die Gefahr, daß zum Zustandekommen von Territorial- und HD-Kursen auch der Wunsch älterer Herren beiträgt, wieder einmal «ihre» Leute zu kommandieren, von Herren aber, deren Ausbildung aus der Zeit des ersten Weltkrieges und kurz nachher stammt und die sich gegenüber den Anforderungen der modernen Technik aufatmend und gerne auf das sichere Gebiet des Drills und langer Märsche retten. Hier gibt es Leute, die selbst dem leichten Maschinengewehr gegenüber noch eine gewisse Ranküne bewahren, weil es das einheitliche Bild beim Gewehrgriff stört. Ich habe auch schon Ausbildungsprogramme von Territorial- und HD-Truppen gesehen, in denen die Frage moderner Waffen (Maschinengewehre, Maschinenpistolen, Handgranaten, Minen, Flammenwerfer) kurz gestreift und dann weise bemerkt wurde, für alle diese Dinge reiche ja die Zeit doch nicht (im Aktivdienst!!!), das würde nur zur Spielerei führen, es sei besser, sich auf das Erreichbare zu beschränken und dafür dieses gründlich zu pflegen, nämlich eine gute soldatische Haltung ... usw. Das Anstreben guter soldatischer Haltung ist wohl sehr lobenswert, doch kann ich mir keine bessere Methode zu ihrer Befestigung denken, als eine möglichst umfassende technische Instruktion der Truppe in allen Waffenarten. Wenn dem Wehrmanne jede Maschine vertraut vorkommt, die er auf dem Schlachtfelde antrifft, dann gibt das eine bessere innere Haltung als alles Grüßen und Melden.

Mögen diese nicht erschöpfenden Zeilen andere Genossen dazu anregen, sich intensiv und so vorurteilsfrei mit Militärfragen zu befassen und ihre Vorschläge an die Genossen im Nationalrate zur Verwendung in der nächsten Militärbudgetdebatte weiterzuleiten.

Zum Schlusse sei aber nochmals auf das Gefühlsmäßige eingegangen. Churchill erzählt in seinen Memoiren eine Episode, deren Tragik ihm selbst wohl nicht einmal bewußt ist. Im Sommer 1940, als Frankreich am Zusammenbrechen war und Italien in den Krieg eintrat, wollten britische Bomber von südfranzösischen Flugplätzen aus starten, um durch kräftige Terrorangriffe auf Turin, Genua und Mailand dem italienischen Volke die Konsequenzen des Entschlusses seiner Regierung sofort vor Augen zu führen. Da verhinderte die südfranzösische Bevölkerung mit Gewalt den Abflug der Bomber, indem sie die Flugplätze besetzte und mit Karren aller Art verstellte. Sie war gegen die Bombardierung des Nachbarlandes, um nicht dessen Vergeltungsflüge herauszufordern. An sich ein ergreifendes Bild: die beidseitigen Vernichtungsmaschinen wollen losrasen, da legt sich das Volk dazwischen!

Und doch ein Jammer und eine Schande! Vermutlich war die Fünfte Kolonne am aktivsten bei dieser pazifistischen Tat beteiligt, die im Endeffekt nur Hitler zum Vorteil gereichte und die Tage des Mussolinischen Regimes verlängerte. Wenige Beispiele wie diese historische Episode zeigen, zu welch ungewollten Konsequenzen es führt, wenn wir unserer natürlichen Abneigung gegen Militär und Gewalt heute schon nachgeben und so tun wollten, als lebten wir heute schon auf einem sozialistischen Planeten. F. P.